

EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

DÄNISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: POLITISCHE SCHWERPUNKTE

Dänemark hat am 01.01.2012 die Ratspräsidentschaft übernommen. Das Präsidenschaftsprogramm „Europa bei der Arbeit“ nennt als wichtigste Herausforderung der EU, die „tiefe Krise zu bewältigen, wirtschaftliche Stabilität zu sichern und die Grundlage für zukünftiges Wachstum und Beschäftigung zu legen“. Vier Schwerpunktbereiche sollen im Mittelpunkt der dänischen Präsidentschaft stehen: „ein verantwortungsvolles Europa, ein dynamisches Europa, ein grünes Europa und ein sicheres Europa.“ Zudem hebt das Programm die Verhandlungen über den neuen Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 - 2020 hervor.

Das Präsidenschaftsprogramm wird in diesem EB von den einzelnen Ressorts vorgestellt.

Die Webseite zur dänischen Präsidentschaft findet sich in deutscher Sprache unter:

<http://eu2012.dk/de>

Die deutsche Fassung des Programms findet sich unter:

http://eu2012.dk/de/EU-and-the-Presidency/About-the-Presidency/~/_media/Files/Presidency%20programme/EU%20Presidency_Programme_DE_Final%20Web_02_01.ashx

TERMINE UNTER DÄNISCHER PRÄSIDENTSCHAFT

Die Termine der dänischen Präsidentschaft finden sich unter:

http://eu2012.dk/~/_media/Files/Calender/Danish%20Presidency%20Calender%20%20100112.ashxhttp://www.eu2011.hu/files/bveu/documents/HU_PRES_calendar_2020101201.pdf

UMSETZUNG DER ERKLÄRUNG DER STAATS- UND REGIERUNGSCHEFS DES EURORAUMS ZUR STÄRKUNG DER WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION VOM 09.12.2011 („FISKALPOLITISCHER PAKT“)

Die Staats- und Regierungschefs des Euroraums haben am 09.12.2011 vereinbart, ein eigenes internationales Abkommen („fiskalpolitischer Pakt“) zu schließen, um eine Stabilitätsunion einzuführen und die wirtschaftliche Säule



der Wirtschafts- und Währungsunion zu stärken. Derzeit verhandeln die Mitgliedstaaten im Rahmen einer Ad-Hoc Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Vertreter des EP. Bei Sitzungen am 20.12.2011 und 06.01.2012 konnten Fortschritte erreicht werden, die EP-Vertreter kritisierten allerdings den aktuellen Entwurf. Die Verhandlungen sollen möglichst am 18.01.2012 abgeschlossen werden. Die Eurogruppe will sich am 23.01.2012 mit dem Abkommen befassen. Ziel ist, den Text beim für den 30.01.2012 geplanten Treffen der Staats- und Regierungschefs fertigzustellen und spätestens im März 2012 zu unterzeichnen (siehe den ausführlichen Bericht des StMF zu den Verhandlungen in diesem EB).

EU-UKRAINE-GIPFEL: EINIGUNG ÜBER ASSOZIIERUNGS- UND FREIHANDELSABKOMMEN – UNTERZEICHNUNG VERSCHOBEN

Am 19.12.2011 fand in Kiew das 15. EU-Ukraine-Gipfeltreffen statt und wurde mit einer gemeinsamen Erklärung abgeschlossen. Wichtigstes Ergebnis ist der Abschluss der Verhandlungen über das Assoziierungs- und Freihandelsabkommen EU-Ukraine. ER-Präsident *Van Rompuy* und Kommissionspräsident *Barroso* hoben die Bedeutung des neuen Abkommens hervor, betonten aber, seine Unterzeichnung hänge von den weiteren politischen Entwicklungen in der Ukraine ab.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/127064.pdf

ERNEUTE KONTROVERSE UM UNGARISCHE GESETZE – KOMMISSION PRÜFT VERTRAGSVERLETZUNGEN

Knapp ein Jahr nach den kontroversen Debatten um die neue ungarische Verfassung und das ungarische Mediengesetz sorgen erneut vom ungarischen Gesetzgeber beschlossene Gesetze für Aufregung in Brüssel. Besonders umstritten ist das neue Zentralbankgesetz, daneben ist die vorübergehende Absenkung des Renteneintrittsalters von Richtern von 70 auf 62 Jahre sowie die Regelung zur Ernennung eines ungarischen Datenschutzbeauftragten strittig. Die Kommission beschloss am 11.01.2012, in ihrer nächsten Sitzung am 17.01.2012 über die Einleitung von Vertragsverletzungsverfahren zu entscheiden.



KONSULTATIONEN: KOMMISSION VERLÄNGERT ÄUSSERUNGSFRIST AUF MINDESTENS 12 WOCHEN

Die Kommission hat bekanntgegeben, Bürgern, Unternehmen und Nicht-regierungsorganisationen bei künftigen öffentlichen Konsultationen statt bisher acht nun mindestens zwölf Wochen Zeit zu geben, um eine Stellungnahme zu übermitteln. Außerdem können sich Organisationen, die im Transparenzregister von Kommission und EP eingetragen sind, für einen Benachrichtigungsdienst anmelden, in dessen Rahmen sie frühzeitig über geplante Initiativen informiert werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/1&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

HESSISCHE LANDESVERTRETUNG MIETET NEUE RÄUME AN

Die hessische Landesregierung hat am 30.12.2011 über die Anmietung eines neuen Gebäudes in Brüssel für die Vertretung des Landes Hessen informiert. Sie werde deutlich mehr Fläche bieten als die derzeitige Landesvertretung. Der erhebliche Anstieg der benötigten Fläche hänge auch damit zusammen, dass in neuen Räumlichkeiten erneut gemeinsam mit den Partnerregionen aus Frankreich, Italien und Polen sowie mit weiteren hessischen Einrichtungen genutzt werden sollen. Der Umzug der Landesvertretung ist derzeit für Frühsommer 2013 geplant.

http://www.hessen.de/irj/hessen_Internet?rid=HStK_15/hessen_Internet/nav/dea/dea5072f-a961-6401-e76c-d1505eb31b65,6c7616cf-88c8-431f-012f-31e2389e4818,,11111111-2222-3333-4444-10000005004%26_ic_uCon_zentral=6c7616cf-88c8-431f-012f-31e2389e4818%26overview=true.htm&uid=dea5072f-a961-6401-e76c-d1505eb31b65

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

DÄNISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMI

Schlüsselemente der dänischen Präsidentschaft sind ähnlich wie bei den Vorgängerpräsidentschaften das Stockholmer Programm (EB 22/09), das Fünfjahresprogramm (2010 - 2014) für den Bereich Justiz und Inneres, und deren Umsetzung. Angesichts der aktuellen Prioritätensetzung soll auch im



Bereich der Innenpolitik wirtschaftspolitische Verantwortung gezeigt werden, indem der Mehrwert neuer Vorschläge stets auch im Verhältnis zu den wirtschaftlichen Auswirkungen der Maßnahmen bewertet wird. Ein besonderes Augenmerk möchte man auf die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten legen.

KOMMISSION LEGT LEGISLATIVVORSCHLAG ZUM KATASTROPHENSCHUTZ VOR

Die Kommission hat am 20.12.2011 einen Legislativvorschlag zur verstärkten Zusammenarbeit im Katastrophenschutz in der EU vorgelegt. Mit den Regelungen sollen ein effizienteres, wirksameres und schnelleres Eingreifen bei Katastrophen und verbesserte Präventions- und Vorsorgemaßnahmen ermöglicht werden. Der Vorschlag ist nach Bekunden der zuständigen Kommissarin *Kristalina Georgieva* ganz wesentlich von dem in der Vergangenheit geführten Dialog mit Bayern geprägt. So wurde insbesondere der ursprüngliche Vorschlag EU-eigener Katastrophenschutzeinheiten fallen gelassen.

Pressemitteilung der Kommission:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1564&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>.

EUGH STELLT DUBLIN-II VERORDNUNG IN FRAGE

Der EuGH hat mit Urteil vom 21.12.2011 im Rahmen eines Vorabentscheidungsverfahrens entschieden, dass die Dublin-II Verordnung nicht zu einer unwiderlegbaren Vermutung führt, dass jeder Mitgliedstaat die Unionsgrundrechte beachtet. Ein Asylbewerber darf daher nicht nach den Bestimmungen der Verordnung in einen anderen Mitgliedstaat überstellt werden, wenn aufgrund erkennbarer „systemischer Mängel des Asylverfahrens und der Aufnahmebedingungen“ im Aufnahmemitgliedstaat eine Verletzung der Unionsgrundrechte der betreffenden Person droht. Das Urteil hat gewichtige Auswirkungen auf das geltende EU-Asylrecht, insbesondere wird dadurch die (bisher) strikte Zuständigkeitsverteilung für Asylverfahren in Frage gestellt.

Urteil des EuGH:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=117187&pageIndex=0&doclang=de&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=20024>

EUGH URTEILT ÜBER EU-AUFENTHALTSRECHT

Der EuGH hat im Rahmen eines Vorabentscheidungsverfahrens am



21.12.2011 entschieden, dass der Erwerb des Rechts auf Daueraufenthalt gemäß der Freizügigkeitsrichtlinie nur durch einen Aufenthalt ermöglicht wird, der die Voraussetzungen nach dem Unionsrecht erfüllt. Aufenthaltszeiten eines Drittstaatsangehörigen in einem Mitgliedstaat vor dem EU-Beitritt des betreffenden Staates sind für die Berechnung des Zeitraums für das Daueraufenthaltsrecht zu berücksichtigen.

Urteil des EuGH:

<http://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?language=de&jur=C,T,F&num=C-424/10&td=ALL>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

DÄNISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMJV

Das Programm der dänischen Ratspräsidentschaft beruht auf den vier Schwerpunkten, ein verantwortungsvolles, dynamisches, grünes und sicheres Europa zu errichten. Im Bereich der Rechtspolitik enthält es keine Überraschungen, was auch vor dem Hintergrund, dass Dänemark an der justiziellen Zusammenarbeit nicht teilnimmt, nicht zu verwundern vermag. Hier werden im Wesentlichen die schon laufenden Projekte fortgeführt. Hervorzuheben ist lediglich, dass das Vorzeigeprojekt der Kommission, das Gemeinsame Europäische Kaufrecht, nicht erwähnt wird. Dagegen will sich die Ratspräsidentschaft besonders der Bekämpfung von Doping, Betrug und Spielmanipulation im Sport widmen.

ACTA VON EU GEZEICHNET

Am 16.12.2011 hat der Rat seine Zustimmung zum Beitritt der Union zu dem Antipiraterie-Abkommen ACTA erteilt und zur Unterschrift durch die EU-Ratspräsidentschaft freigegeben. Bereits unterschrieben haben am 30.09.2011 Kanada, Australien, Japan, Marokko, Neuseeland, Südkorea, Singapur sowie die USA.

<http://www.dfat.gov.au/trade/acta/Final-ACTA-text-following-legal-verification.pdf>



Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

DÄNISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMF

Das Arbeitsprogramm der seit 01.01.2012 amtierenden dänischen Ratspräsidentschaft trägt den Titel „Europa bei der Arbeit“. Ein Schwerpunkt im Finanzbereich wird die weitere Verbesserung der wirtschaftspolitischen Steuerung sein (Umsetzung des Ende 2011 in Kraft getretenen Legislativpakets zur wirtschaftspolitischen Steuerung (sog. „Six Pack“), Arbeit an den neuen Verordnungsentwürfen zur Ergänzung des sog. „Six Pack“, Erarbeitung des auf dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs am 08./09.12.2011 vereinbarten Abkommens zur Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion, zweites Europäisches Semester). Die im Zuge der Finanzkrise eingeleiteten umfassenden Finanzmarktreformenten werden fortgesetzt (u. a. Basel III, Ratingagenturen, MiFID, Derivate). Im steuerlichen Bereich nennt die Ratspräsidentschaft als Priorität u. a. die Überarbeitung der Energiesteuerrichtlinie. Hohe Priorität haben für die dänische Ratspräsidentschaft auch die Verhandlungen über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen 2014 - 2020. Dänemark strebt aber an, die Verhandlungen soweit wie möglich voranzubringen, damit bis Ende 2012 eine Einigung erzielt werden kann.

http://eu2012.dk/en/EU-and-the-Presidency/About-the-Presidency/~/_media/Files/Presidency%20programme/EU%20Presidency_Programme_UK_Final%20Web_22_12.ashx

UMSETZUNGSSTAND IN DEN DEFIZITVERFAHREN

Die Kommission hat am 11.01.2012 festgestellt, dass Ungarn keine ausreichenden Maßnahmen ergriffen hat, um sein exzessives Defizit zu korrigieren. Zwar habe Ungarn im Jahr 2011 formal das Defizitziel erreicht. Dies sei aber nur durch Einmalmaßnahmen in Höhe von rund 10 % des BIP erreicht worden, insbesondere durch den Transfer von privaten Rentenfonds in den Staatshaushalt. Die Korrektur des ungarischen Haushaltsdefizits im Jahr 2011 sei vor diesem Hintergrund nicht nachhaltig. Kommissar *Rehn* kündigte zudem an, dass geprüft werde, ob Zahlungen von Strukturfondsmitteln gegenüber Ungarn ab Januar 2013 ausgesetzt werden können.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/7&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=de>
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/12&format=H>



[TML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en
http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/949&form
at=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en](http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/949&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en)

STAND DER UMSETZUNG DER ERKLÄRUNG DER STAATS- UND REGIERUNGSCHEFS DES EURORAUMS ZUR STÄRKUNG DER WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION VOM 09.12.2011 („FISKALPOLITISCHER PAKT“)

Da die von Deutschland und Frankreich angestrebten Vertragsänderungen beim Treffen des Europäischen Rates (ER) vom 08./09.12.2011 wegen des Widerstands des Vereinigten Königreiches nicht durchgesetzt werden konnten, haben sich die 17 Mitgliedstaaten des Euroraums darauf verständigt, zunächst ein gesondertes internationales Abkommen abzuschließen (EB 21/11). Die neun anderen EU-Staaten außerhalb der Eurozone prüfen unter Einbeziehung ihrer Parlamente eine Beteiligung an dem Abkommen. Bei den bisherigen Sitzungen der Ad-Hoc-Arbeitsgruppe, an der auch drei Vertreter des EP als Beobachter mitwirken, sind die Verhandlungen deutlich vorangekommen. Diskussionspunkte sind u. a. die konkrete Ausgestaltung der Schuldenbremse, stärkere Automatismen im Defizitverfahren und Kontrollrechte des EuGH. Die Eurogruppe wird sich mit dem Abkommensentwurf voraussichtlich auf ihrer Sitzung am 23.01.2012 befassen. Ziel ist, den Vertragstext beim Treffen der Staats- und Regierungschefs am 30.01.2012 fertigzustellen. Der Vertrag soll spätestens im März 2012 unterzeichnet werden.

<http://www.openeurope.org.uk/research/100112fiscalpactdraft.pdf>
[http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20120111IPR3510
2/html/New-draft-treaty-on-reinforced-economic-union-unacceptable-to-MEPs](http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20120111IPR35102/html/New-draft-treaty-on-reinforced-economic-union-unacceptable-to-MEPs)

GRÜNBUCH ZU KARTEN-, INTERNET- UND MOBILEN ZAHLUNGEN

Die Kommission hat am 11.01.2012 ein Grünbuch mit dem Titel „Ein integrierter europäischer Markt für Karten-, Internet- und mobile Zahlungen“ vorgestellt. Darin beschreibt sie die derzeitige Situation bei Karten-, Internet- und Mobilzahlungen in Europa. Derzeit sei die Integration des europäischen Zahlungsverkehrsmarkts je nach Zahlungsinstrument (Überweisung, Lastschrift, Zahlungskarte) und Kanal (E-Zahlung, M-Zahlung) noch sehr uneinheitlich. Mit insgesamt 32 Fragen will die Kommission herausfinden, welche Möglichkeiten für eine weitere Marktintegration für diese Zahlungen bestehen und welche Maßnahmen hierfür besonders geeignet erscheinen. Aus einer solchen Markt-



integration könnten für Unternehmen und Verbraucher Vorteile erwachsen. Die Konsultationsfrist endet am 11.04.2012 (s. dazu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/11&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EUA-BERICHTE ZU UMWELTSTEUERN

Am 09.01.2012 hat die Europäische Umweltagentur (EUA) in Kopenhagen zwei technische Berichte für eine reformierte Umweltbesteuerung in Europa (ETR – Environmental Tax Reform) veröffentlicht. Die beiden Berichte Nr. 16/2011 „ETR: implications for income distribution“ und Nr. 17/2011 „ETR: opportunities for eco-innovation“ geben an, dass die Mitgliedsstaaten über die Einführung von Umweltsteuern und die zielgerichtete Rückführung der Einnahmen in die Wirtschaft gleichzeitig die Einkommensteuerlast reduzieren, Innovationen fördern und Umweltbelastungen vermindern könnten. Unter ETR wird in diesem Zusammenhang ein nationales Steuersystem verstanden, das beispielsweise die Steuerlast von Arbeit mindert und dafür umweltschädliche Aktivitäten wie nicht nachhaltigen Ressourceneinsatz oder Umweltverschmutzung mit Steuern belegt (s. dazu Beitrag des StMUG in diesem EB).

<http://www.eea.europa.eu/publications/environmental-tax-reform-in-europe>

<http://www.eea.europa.eu/publications/environmental-tax-reform-opportunities>

KOMMISSION: LEITLINIEN FÜR DIE VERSICHERUNGSBRANCHE ZUR GLEICH-BEHANDLUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN BEI VERSICHERUNGSPRÄMIEN

Die Kommission hat am 22.12.2011 Leitlinien für die Versicherungsbranche zur Gleichbehandlung von Frauen und Männer bei Versicherungsprämien angenommen. Damit soll die Branche bei der Anwendung einer geschlechtsneutralen Preisgestaltung unterstützt werden. Die Brüsseler Behörde reagierte mit ihrer Initiative auf ein entsprechendes Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), der am 01.03.2011 in der Rechtssache „Test-Achats“ (C-236/09) befunden hatte, dass unterschiedliche Versicherungsprämien für Frauen und Männer eine Diskriminierung wegen des Geschlechts darstellen (EB 05/11). Der EuGH hatte den Versicherern bis 21.12.2012 Frist gesetzt, um männliche und weibliche Kunden in Bezug auf Versicherungsprämien und -leistungen gleich zu behandeln (s. dazu Beitrag des StMAS in diesem EB).



http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/files/c_2011_9497_de.pdf

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

DÄNISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMWIVT

Dänemark hat am 01.01.2012 von Polen die Präsidentschaft im Rat bis zum 30.06.2012 übernommen. Am 06.01.2012 wurde dazu das entsprechende Programm mit dem Titel „Europa bei der Arbeit“ veröffentlicht, das dem Leitbild eines „verantwortungsvollen, dynamischen, grünen und sicheren Europas“ folgt. Während Dänemark als erste Priorität die Überwindung der Schuldenkrise und die Verbesserung der Wachstumsaussichten verfolgt, betont es doch auch nachdrücklich die Bedeutung des langfristig angelegten Wandels zu einer ökologisch ausgerichteten Wirtschaft.

http://eu2012.dk/de/EU-and-the-Presidency/About-the-Presidency/~/_media/Files/Presidency%20programme/EU%20Presidency_Programme_DE_Final%20Web_02_01.ashx

GRÜNBUCH ZU KARTEN-, INTERNET- UND MOBILEN ZAHLUNGEN

Die Kommission hat am 11.01.2012 ein Grünbuch mit dem Titel „Ein integrierter europäischer Markt für Karten-, Internet- und mobile Zahlungen“ vorgestellt. Darin beschreibt sie die derzeitige Situation bei Karten-, Internet- und Mobilzahlungen in Europa. Derzeit sei die Integration des europäischen Zahlungsverkehrsmarkts je nach Zahlungsinstrument (Überweisung, Lastschrift, Zahlungskarte) und Kanal (E-Zahlung, M-Zahlung) noch sehr uneinheitlich. Mit insgesamt 32 Fragen will die Kommission herausfinden, welche Möglichkeiten für eine weitere Marktintegration für diese Zahlungen bestehen und welche Maßnahmen hierfür besonders geeignet erscheinen. Aus einer solchen Marktintegration könnten für Unternehmen und Verbraucher Vorteile erwachsen. Die Konsultationsfrist endet am 11.04.2012.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/11&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KOMMISSION LEGT AKTIONSPLAN ZUM ONLINEHANDEL VOR

Am 11.01.2012 verabschiedete die Kommission eine Mitteilung über einen



„kohärenten Rahmen zur Stärkung des Vertrauens in den digitalen Binnenmarkt für elektronischen Handel und Online-Dienste“. Darin werden Entwicklungshemmnisse der Internetwirtschaft aufgezeigt sowie ein Aktionsplan mit 16 Maßnahmen zur Beseitigung dieser Hindernisse vorgestellt. Dadurch soll mehr Rechtssicherheit geschaffen werden mit dem Ziel, das Vertrauen der Verbraucher in den Internethandel zu stärken. Mit der Umsetzung dieses Maßnahmenkatalogs dürfte sich nach Ansicht der Kommission bis zum Jahr 2015 sowohl der Anteil des eCommerce am Einzelhandel (derzeit 2,4 %) als auch der jetzige Beitrag der Internetwirtschaft zum europäischen BIP (derzeit rd. 3%) verdoppeln (s. dazu den Beitrag im Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik in diesem EB).

http://ec.europa.eu/internal_market/e-commerce/docs/communication2012/COM2011_942_de.pdf

KONSULTATION ZU BEIHILFERECHTLICHEN LEITLINIEN FÜR ENERGIEBEIHILFEN AUF GRUNDLAGE DER EMISSIONSHANDELSRICHTLINIE

Die Kommission hat am 21.12.2011 einen Entwurf für Leitlinien für Beihilfen im Energiesektor veröffentlicht und zugleich zur Abgabe von Stellungnahmen aufgerufen. Die Leitlinien konkretisieren die in der Emissionshandelsrichtlinie (Richtlinie 2003/87/EG in der durch die Richtlinie 2009/29/EG geänderten Fassung) für die Handelsperiode 2013 - 2020 vorgesehenen Beihilfebestimmungen. Sie betreffen unter anderem die Möglichkeit der Kompensation für Strompreis-Mehrkosten, die durch die Einbeziehung der Stromerzeugung in den Emissionshandel entstehen, sowie Investitionsbeihilfen für hocheffiziente Kraftwerke. Die Konsultation läuft bis zum 31.01.2012.

http://ec.europa.eu/competition/consultations/2012_emissions_trading/index_en.html

KONSULTATION ZUR ÜBERARBEITUNG DES GEMEINSCHAFTSRAHMENS FÜR STAATLICHE BEIHILFEN FÜR FORSCHUNG, ENTWICKLUNG UND INNOVATION

Angesichts des Auslaufens des bisherigen EU-Beihilferahmens im Dezember 2013 hat die Kommission am 20.12.2011 eine Konsultation zur Überarbeitung des Gemeinschaftsrahmens für staatliche Beihilfen für Forschung, Entwicklung und Innovation (FuEul-Rahmen) eingeleitet. Mit insgesamt 73 Fragen bittet sie



um Erfahrungen von Behörden, Institutionen und anderen Betroffenen bei der Anwendung des geltenden Rechtsrahmens und stellt neue Regelungsoptionen zur Debatte. Die Konsultation läuft bis zum 24.02.2012.

http://ec.europa.eu/competition/consultations/2012_stateaid_rdi/index_en.html

KONSULTATION ZU NACHHALTIGEM VERBRAUCH UND PRODUKTION

Am 11.01.2012 hat die Generaldirektion Umwelt der Kommission eine Online-Konsultation für mehr nachhaltigem Verbrauch und Produktion gestartet. Unter Bezug auf den Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa und die Initiative für ein ressourcenschonendes Europa als Leitinitiative innerhalb der Strategie Europa 2020 (s. EB 02/11 und 16/11) sammelt die Kommission Informationen, um gegebenenfalls neue EU-weite Maßnahmen zur Förderung von nachhaltigen Verbraucherverhalten und Produktionsformen vorzuschlagen. Die Konsultation läuft bis zum 03.04.2012 (s. dazu Beitrag des StMUG in diesem EB).

<http://ec.europa.eu/environment/consultations/sustainable.htm>

http://ec.europa.eu/environment/eussd/escp_en.htm

KOMMISSION: LEITLINIEN FÜR DIE VERSICHERUNGSBRANCHE ZUR GLEICH-BEHANDLUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN BEI VERSICHERUNGSPRÄMIEN

Die Kommission hat am 22.12.2011 Leitlinien für die Versicherungsbranche zur Gleichbehandlung von Frauen und Männer bei Versicherungsprämien angenommen. Damit soll die Branche bei der Anwendung einer geschlechtsneutralen Preisgestaltung unterstützt werden. Die Brüsseler Behörde reagierte mit ihrer Initiative auf ein entsprechendes Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), der am 01.03.2011 in der Rechtssache „Test-Achats“ (C-236/09) befunden hatte, dass unterschiedliche Versicherungsprämien für Frauen und Männer eine Diskriminierung wegen des Geschlechts darstellen (EB 05/11). Der EuGH hatte den Versicherern bis 21.12.2012 Frist gesetzt, um männliche und weibliche Kunden in Bezug auf Versicherungsprämien und -leistungen gleich zu behandeln (s. dazu Beitrag des StMAS in diesem EB).

http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/files/c_2011_9497_de.pdf



Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

DÄNISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMELF

Im Bereich Landwirtschaft steht für die dänische Ratspräsidentschaft die Fortführung der Diskussionen zur GAP-Reform im Mittelpunkt. Es wird darauf hingewiesen, dass die Verhandlungen zur GAP und zum Mehrjährigen Finanzrahmen in enger Verbindung zueinander stehen. Ein stärkerer Schwerpunkt soll auf Umwelt, Klimaschutzziele und die allgemeine grüne Umstrukturierung des Sektors gelegt werden. Die Landwirtschaft habe das Potenzial, Teil der Lösung in diesen Bereichen zu sein und zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Die zukünftige GAP müsse durch eine Fortführung der Marktorientierung auch stärker dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Landwirtschaft auf dem Weltmarkt zu fördern. Außerdem sollen durch die Vereinfachung der GAP einfachere und gestraffte Regeln mit einem möglichst geringen Verwaltungsaufwand erreicht werden. Als wichtig sehen die Dänen auch die Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation an. Im Bereich Tierschutz, der im Arbeitsprogramm ebenfalls als Priorität genannt wird, sollen die Kommissionsmitteilung zu einer neuen Strategie für artgerechte Tierhaltung sowie der Kommissionsbericht über die Tiertransport-Verordnung behandelt werden.

http://eu2012.dk/de/NewsList/Januar/~~/media/Files/Presidency%20programme/EU%20Presidency_Programme_DE_Final%20Web_02_01.ashx

AUSSICHTEN FÜR AGRARMÄRKTE UND -EINKOMMEN 2011 - 2020

Anfang Januar 2012 veröffentlichte die Generaldirektion für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung der Kommission (GD AGRI) die Prognose „Prospects for agricultural markets and income 2011 - 2020“. Die darin vorgestellten Markt- und Einkommensperspektiven für die Landwirtschaft stützen sich auf spezifische Annahmen hinsichtlich makroökonomischer Bedingungen, Agrar- und Handelspolitik, Witterungsverhältnisse und internationaler Marktentwicklungen. Die Preise für Agrarprodukte blieben danach stabil. Dazu trügen die wachsende weltweite Nachfrage nach Nahrungsmitteln, die Entwicklung auf dem Biotreibstoffsektor und abnehmende Produktivitätszuwächse in der Pflanzenproduktion (0,5 %/Jahr) bei.

Prognose unter:

http://ec.europa.eu/agriculture/publi/caprep/prospects2011/index_en.htm



WISSENSCHAFTLER ZUR GAP-REFORM IM EP

Bei einer gemeinsamen Sitzung mit Agrarkommissar *Cioloş*, Polens Landwirtschaftsminister und Ratspräsident *Sawicki* und den Abgeordneten des EP-Agrarausschusses stellten Wissenschaftler am 19.12.2011 im EP in Brüssel ihre Sichtweise zu den GAP-Reformvorschlägen vor. Die Wirksamkeit der Direktzahlungen als Instrument zur Sicherung der Rentabilität der Betriebe wurde von *Prof. Giovanni Anania* (Universität von Kalabrien) bezweifelt. Stattdessen sollten die Direktzahlungen zugunsten der ländlichen Entwicklung nach und nach auslaufen. *Dr. Annette Freibauer* (Thünen-Institut) ergänzte, dass die geplante Ökologisierung bei Betrachtung der bestehenden umweltpolitischen Herausforderungen nicht ehrgeizig genug sei. Die Idee der ökologischen Vorrangflächen beurteilte sie allerdings prinzipiell als gut. Auch der britische Wissenschaftler *Prof. Allan Buckwell* beurteilte das Konzept der Vorrangflächen als positiv. Offen sei jedoch die Frage nach der Beziehung zu den Agrarumweltmaßnahmen der zweiten Säule. Grundsätzlich, so auch *Buckwell* sei die zweite Säule geeigneter für die Ökologisierung. Allerdings sei hier die nötige Kofinanzierung durch die Mitgliedstaaten oft ein Hindernis für eine wirksame Ökologisierung.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

DÄNISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTS-BEREICH DES STMAS

Die Bewältigung der Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise als Grundlage für Wachstum und Beschäftigung bildet weiterhin den Schwerpunkt des Arbeitsprogramms der EU-Ratspräsidentschaft. Der halbjährlich wechselnde Vorsitz wurde am 01.01.2012 zum siebten Mal von Dänemark übernommen. Das dänische Programm mit dem Titel „Europa bei der Arbeit“ bezeichnet als eines der wichtigsten Ziele die konsequente Durchführung des Europäischen Semesters und die Maßnahmen zur Stärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung. Als Prioritäten aus dem Geschäftsbereich des StMAS benennt der Vorsitz eine „Sozialpolitik, die Chancengleichheit für alle schafft“, und eine „Beschäftigungspolitik, die die aktuellen Herausforderungen, insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit, aber auch langfristige Herausforderungen wie die Stärkung des Arbeitskräfteangebots berücksichtigt“.



<http://eu2012.dk/de/NewsList/Januar/Programme-presented>

POLITIK FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG: KOMMISSION STARTET ÖFFENTLICHE KONSULTATION ZU IHREN PLÄNEN BZGL. BARRIEREFREIHEIT

Die Kommission hat am 13.12.2011 eine Konsultation zu ihren Plänen für ein barrierefreies Europa für Menschen mit Behinderung gestartet. Die öffentliche Konsultation läuft bis 29.02.2012 und steht im Kontext der von der Brüsseler Behörde für Herbst 2012 angekündigten Rechtsetzungsvorschläge bzgl. Barrierefreiheit (EB 21/11) sowie der Strategie für Menschen mit Behinderungen 2010-2020 (EB 20/10). Neben Menschen mit Behinderungen, älteren Menschen und Vertretern von Unternehmen will die Kommission die breite Öffentlichkeit ansprechen. Mit ihren Vorschlägen sollte, so die Kommission weiter, sichergestellt werden, dass Menschen mit Behinderungen beim Zugang zur physischen Umwelt, zu Verkehrsmitteln sowie zu Informations- und Kommunikationstechnologien und -systemen nicht benachteiligt sind. Die Pläne sollen nach Vorstellungen der Kommission darüber hinaus allen Menschen mit eingeschränkter Mobilität zu Gute kommen.

http://ec.europa.eu/justice/newsroom/discrimination/opinion/111207_en.htm

KOMMISSION: LEITLINIEN FÜR DIE VERSICHERUNGSBRANCHE ZUR GLEICH-BEHANDLUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN BEI VERSICHERUNGSPRÄMIEN

Die Kommission hat am 22.12.2011 Leitlinien für die Versicherungsbranche zur Gleichbehandlung von Frauen und Männer bei Versicherungsprämien angenommen. Damit soll die Branche bei der Anwendung einer geschlechtsneutralen Preisgestaltung unterstützt werden. Die Brüsseler Behörde reagierte mit ihrer Initiative auf ein entsprechendes Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), der am 01.03.2011 in der Rechtssache „Test-Achats“ (C-236/09) befunden hatte, dass unterschiedliche Versicherungsprämien für Frauen und Männer eine Diskriminierung wegen des Geschlechts darstellen (EB 05/11). Der EuGH hatte den Versicherern bis 21.12.2012 Frist gesetzt, um männliche und weibliche Kunden in Bezug auf Versicherungsprämien und -leistungen gleich zu behandeln. Nach Angaben der Kommission sollen die Leitlinien nach Beratungen mit nationalen Regierungen, Versicherern und Verbrauchern dem Bedürfnis nach konkreten Anleitungen zur Umsetzung des



Urteils Rechnung tragen.

http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/files/c_2011_9497_de.pdf

KOMMISSION ERRICHTET GESUNDHEITSTELEMATIKNETZ

Um mit modernen, innovativen Lösungen eine bessere Gesundheitsversorgung der EU-Bürger zu erreichen, hat die Kommission mit Beschluss vom 22.12.2011 ein europäisches Gesundheitstelematiknetzwerk errichtet. Dieses bietet ein Forum für die freiwillige Zusammenarbeit und Vernetzung der zuständigen nationalen Behörden im Bereich elektronischer Gesundheitsdienste. Ziel ist es, die Interoperabilität verschiedener elektronischer Gesundheitssysteme in der EU zu gewährleisten (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

Beschluss:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:344:0048:0050:DE:PDF>

Weitere Informationen zu elektronischen Gesundheitsdiensten:

http://ec.europa.eu/health/ehealth/policy/index_de.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

DÄNISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMUK

Dominierendes Thema der dänischen Ratspräsidentschaft im Bereich Bildung, Jugend und Sport ist die Verhandlung des Kommissionsvorschlags „Erasmus für alle“ für die neue Generation des EU-Förderprogramms für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport (EB 20/11). Darüber hinaus hat sich der dänische Vorsitz auch mit Blick auf das bildungsbezogene Kernziel der dominant wirtschaftspolitisch ausgerichteten Europa-2020-Strategie sowie vor dem Hintergrund der hohen Jugendarbeitslosigkeit in Europa zum Ziel gesetzt, die berufliche Aus- und Weiterbildung von Jugendlichen und Erwachsenen zu stärken und dabei den Fokus auf eine engere Verknüpfung mit dem Arbeitsmarkt zu legen.

Das Programm des dänischen Ratsvorsitzes steht unter folgender Adresse zur Verfügung:

<http://eu2012.dk/de/NewsList/Januar/uge-1-og->



[2/~media/Files/Presidency%20programme/EU%20Presidency_Programme_UK_Final%20Web_22_12.ashx](#)

KOMMISSION VERÖFFENTLICHT ENTWURF FÜR DEN FORTSCHRITTSBERICHT 2012 ZU DEN BILDUNGSPOLITISCHEN PRIORITÄTEN DES ARBEITSZYKLUS 2009 - 2011 IM RAHMEN VON „ET 2020“

Am 20.12.2011 hat die Kommission den Entwurf des Fortschrittsberichts 2012 veröffentlicht, der die europaweit erreichten Entwicklungen im Bezug auf die im strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung („ET 2020“) vereinbarten Prioritäten für den ersten Arbeitszyklus 2009-2011 beleuchtet. Der Bericht zeigt und bewertet die Hauptentwicklungen in den Mitgliedstaaten in Bezug auf folgende Schlüsselbereiche: Investition und Reform in die allgemeine und berufliche Bildung; frühe Schulabgänger; Tertiärquote; Strategien für das lebenslange Lernen; Lernmobilität; neue Kompetenzen für neue Beschäftigungsmöglichkeiten. Nach Ansicht der Kommission sind die bislang erreichten Fortschritte insgesamt noch zu gering, weshalb die Mitgliedstaaten gehalten seien, in den genannten Bereichen vermehrte und zielgerichtetere Anstrengungen zu unternehmen. In dem Bericht hebt die Kommission den Beitrag des Bildungsbereichs zur Erreichung der bildungsbezogenen Ziele der Europa-2020-Strategie hervor und unterbreitet Vorschläge für die Herstellung einer stärkeren Kohärenz zwischen ET 2020 und der Europa-2020-Strategie, u. a. durch eine entsprechende Ausrichtung der im Anhang unterbreiteten Vorschläge für die künftigen Prioritäten des Arbeitszyklus 2012-2014, die gleichzeitig eine hohe Kontinuität zu den bisherigen Prioritäten aufweisen.

Der Entwurf des Fortschrittsberichts 2012 ist unter folgender Adresse abrufbar:

<http://eu2012.dk/de/NewsList/Januar/uge-1-og->

[2/~media/Files/Presidency%20programme/EU%20Presidency_Programme_UK_Final%20Web_22_12.ashx](#)

Die Arbeitspapiere der Kommissionsdienststellen stehen unter folgenden Links in englischer Sprache zur Verfügung:

Analyse der Situation in den einzelnen Mitgliedstaaten (Deutschland auf S. 53-58):

[\[lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=SEC:2011:1608:FIN:EN:PDF\]\(http://lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=SEC:2011:1608:FIN:EN:PDF\)](http://eur-</p></div><div data-bbox=)

Gesamtanalyse über alle Mitgliedstaaten hinweg:



http://www.eu-bildungspolitik.de/uploads/dokumente_bildungspolitik/2012_01_rat_umsetzungsanalyse_et_2020.pdf

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

DÄNISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMWFK

Die dänische Ratspräsidentschaft will sich auf die Ausgestaltung bereits in der Beratungsphase befindlicher Förderprogramme für die Finanzperiode 2014 - 2020 konzentrieren und die Verhandlungen zu den jeweiligen Vorschlägen der Kommission (im Forschungsbereich „Horizon 2020“, im Kulturbereich „Kreatives Europa“ und im Bildungsbereich „Erasmus für alle“) vorantreiben. Der dänische Blickwinkel auf die jeweiligen Themen hat im Zuge der Europa 2020-Strategie einen relativ stark utilitaristischen Binnenmarkts- und Innovationsbezug. Darüber hinausgehende eigene Initiativen stehen gegenüber den Programmverhandlungen zurück.

<http://eu2012.dk/de/NewsList/Januar/~-/media/16CE9F69FD5B45129BE258E4BE9650D3.pdf>

ÖFFENTLICHE KONSULTATION ZUM GEMEINSCHAFTSRAHMEN FÜR STAATLICHE BEIHILFEN FÜR FORSCHUNG, ENTWICKLUNG UND INNOVATION

Angesichts des Auslaufens des bisherigen EU-Beihilferahmens im Dezember 2013 hat die Kommission eine Konsultation zur Überarbeitung des Gemeinschaftsrahmens für staatliche Beihilfen für Forschung, Entwicklung und Innovation (FuEul-Rahmen) eingeleitet. Die Konsultation läuft bis zum 24.02.2012 und richtet sich an Behörden und sonstige Interessierte. Die Kommission sammelt hierbei Rückmeldungen zur praktischen Anwendung und Vorschläge zur Überarbeitung der Regelungen (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

Link zur öffentlichen Konsultation (hier werden auch die Ergebnisse veröffentlicht):

<http://ec.europa.eu/competition/consultations/open.html>



Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

DÄNISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMUG

Unter dem Titel „Ein grünes Europa“ als einem von vier Schwerpunktthemen wird sich die dänische Ratspräsidentschaft im Umweltbereich vor allem mit dem sektorübergreifenden Übergang zu einer nachhaltigen, „grünen“ Wirtschaft befassen. Hierfür wurden durch die Präsidentschaft drei Aufgaben- bzw. Zielfelder (Umweltfreundliche und ressourceneffiziente Wirtschaft; Gesundheit und Umwelt; Ehrgeiziger Klimaschutz) festgelegt. Im Bereich der Gesundheitspolitik setzt die dänische Ratspräsidentschaft ihre Prioritäten bei der Förderung von Innovationen und der verstärkten Nutzung von eHealth-Lösungen insbesondere zur Behandlung von chronischen Erkrankungen. Weitere Schwerpunkte bilden die Bekämpfung grenzüberschreitender Gesundheitsgefahren sowie von Antibiotikaresistenzen im Human- und Tierbereich. Auf der Agenda stehen wichtige Gesetzgebungsverfahren wie die Überarbeitung des Rechtsrahmens für Medizinprodukte, die Information der Öffentlichkeit über verschreibungspflichtige Arzneimittel und die Revision des Rechtsrahmens für die Anerkennung beruflicher Qualifikationen. Zur Verbesserung der Lebensmittelsicherheit will sich die Ratspräsidentschaft insbesondere für ein modernisiertes Fleischuntersuchungssystem einsetzen und an der Revision der Vorschriften für Lebensmittel, die für eine besondere Ernährung bestimmt sind, arbeiten. Im Bereich der Tiergesundheit und des Tierschutzes konzentriert sich die dänische Ratspräsidentschaft neben der Bekämpfung der Antibiotikaresistenzen auf eine verbesserte artgerechte Tierhaltung und den Schutz von Tieren während des Transportes.

EUA-BERICHTE ZU UMWELTSTEUERN

Am 09.01.2012 hat die Europäische Umweltagentur (EUA) in Kopenhagen zwei technische Berichte für eine reformierte Umweltbesteuerung in Europa (ETR – Environmental Tax Reform) veröffentlicht. Die beiden Berichte Nr. 16/2011 „ETR: implications for income distribution“ und Nr. 17/2011 „ETR: opportunities for eco-innovation“ geben an, dass die Mitgliedsstaaten über die Einführung von Umweltsteuern und die zielgerichtete Rückführung der Einnahmen in die Wirtschaft gleichzeitig die Einkommensteuerlast reduzieren, Innovationen fördern und Umweltbelastungen vermindern könnten. Unter ETR wird in diesem Zusammenhang ein nationales Steuersystem verstanden, das



beispielsweise die Steuerlast von Arbeit mindert und dafür umweltschädliche Aktivitäten wie nicht nachhaltigen Ressourceneinsatz oder Umweltverschmutzung mit Steuern belegt.

Bericht 16/2011:

<http://www.eea.europa.eu/publications/environmental-tax-reform-in-europe>

Bericht 17/2011:

<http://www.eea.europa.eu/publications/environmental-tax-reform-opportunities>

KONSULTATION ZU NACHHALTIGEM VERBRAUCH UND PRODUKTION

Am 11.01.2012 hat die Generaldirektion Umwelt der Kommission eine Online-Konsultation für mehr nachhaltigen Verbrauch und Produktion gestartet. Bis zum 03.04.2012 sind die Öffentlichkeit, Industrie, Gewerbe und Verbände aufgerufen, Beiträge und Ideen zur Verbesserung von nachhaltigen Konsum- und Produktionsformen einzubringen. Unter Bezug auf den Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa und die Initiative für ein ressourcenschonendes Europa als Leitinitiative innerhalb der Strategie Europa 2020 (EB 02/11 und 16/11) sammelt die Kommission Beiträge und zusätzliche Informationen, um gegebenenfalls neue EU-weite Maßnahmen zur Förderung von nachhaltigen Verbraucherverhalten und Produktionsformen vorzuschlagen.

Zur Konsultation:

<http://ec.europa.eu/environment/consultations/sustainable.htm>

Hintergrundinformationen:

http://ec.europa.eu/environment/eussd/escp_en.htm

KONSULTATION ZU BEIHLFERECHTLICHEN LEITLINIEN FÜR ENERGIEBEIHILFEN AUF GRUNDLAGE DER EMISSIONSHANDELSRICHTLINIE

Die Kommission hat am 21.12.2011 einen Entwurf für Leitlinien für verschiedene Beihilfen im Energiesektor veröffentlicht und zugleich zur Abgabe von Stellungnahmen aufgerufen. Die Leitlinien konkretisieren die in der Emissionshandelsrichtlinie für die Handelsperiode 2013 - 2020 vorgesehenen Beihilfebestimmungen. Sie betreffen unter anderem Investitionsbeihilfen für hoch-effiziente fossile Kraftwerke. Die Kommission sieht hohe Hürden für die Gewährung von staatlichen Zuschüssen beim Bau neuer, hoch effizienter Kohle- und Gaskraftwerke im Zeitraum von 2013 bis 2016 vor. So wird für die Bewilligung von Beihilfen die Sequestrierung von Kohlendioxid (CCS – Carbon Cap-



ture and Storage) zwingend vorausgesetzt. Die Konsultation läuft bis zum 31.01.2012 (s. hierzu auch Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

http://ec.europa.eu/competition/consultations/2012_emissions_trading/index_en.html

KOMMISSION ERRICHTET GESUNDHEITSTELEMATIKNETZ

Um mit modernen, innovativen Lösungen eine bessere Gesundheitsversorgung der EU-Bürger zu erreichen, hat die Kommission mit Beschluss vom 22.12.2011 ein europäisches Gesundheitstelematiknetzwerk errichtet. Dieses bietet ein Forum für die freiwillige Zusammenarbeit und Vernetzung der zuständigen nationalen Behörden im Bereich elektronischer Gesundheitsdienste. Ziel ist es, die Interoperabilität verschiedener elektronischer Gesundheitssysteme in der EU zu gewährleisten.

Beschluss:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:344:0048:0050:DE:PDF>

Weitere Informationen zu elektronischen Gesundheitsdiensten:

http://ec.europa.eu/health/ehealth/policy/index_de.htm

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

DÄNISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DER IUK- UND MEDIENPOLITIK

- Zentrales Anliegen des dänischen Vorsitzes ist die Förderung der Produktion von europäischen audiovisuellen Inhalten. Demzufolge soll im Rahmen der Diskussion um das von der Kommission vorgeschlagene Programm „Kreatives Europa“ die nächste Generation der beiden Förderprogramme MEDIA und MEDIA-Mundus schwerpunktmäßig behandelt werden. Diese Programme dienen der finanziellen Unterstützung der europäischen audiovisuellen Industrie (MEDIA) sowie deren Zusammenarbeit mit Drittländern (MEDIA Mundus) und werden in ihrer derzeitigen Fassung im Jahr 2013 auslaufen.
- Von prioritärer Bedeutung soll die Senkung von länderübergreifenden Roamingpreisen für SMS sowie Gesprächs- und Datendienste via Internet und mehr Wettbewerb in diesen Bereichen sein. Hierzu ist die Revision der



im Juni 2012 auslaufenden Roaming-Verordnung geplant. Ziel ist es, die nationalen Preise weiterhin aneinander anzugleichen, ohne dabei Innovationsanreize für die Telekommunikationsindustrie zu schmälern.

KOMMISSION LEGT AKTIONSPLAN ZUM ONLINEHANDEL VOR

Am 11.01.2012 verabschiedete die Kommission eine Mitteilung über einen „kohärenten Rahmen zur Stärkung des Vertrauens in den digitalen Binnenmarkt für elektronischen Handel und Online-Dienste“. Darin werden Entwicklungshemmnisse der Internetwirtschaft aufgezeigt sowie ein Aktionsplan mit 16 Maßnahmen zur Beseitigung dieser Hindernisse vorgestellt. Dadurch soll mehr Rechtssicherheit geschaffen werden mit dem Ziel, das Vertrauen der Verbraucher in den Internethandel zu stärken.

Die Mitteilung ist abrufbar unter:

http://ec.europa.eu/internal_market/e-commerce/docs/communication2012/COM2011_942_de.pdf

GRÜNBUCH ZU KARTEN-, INTERNET- UND MOBILEN ZAHLUNGEN

Die Kommission hat am 11.01.2012 ein Grünbuch mit dem Titel „Ein integrierter europäischer Markt für Karten-, Internet- und mobile Zahlungen“ vorgestellt. Darin beschreibt sie die der-zeitige Situation bei Karten-, Internet- und Mobilzahlungen in Europa. Derzeit sei die Integration des europäischen Zahlungsverkehrsmarkts je nach Zahlungsinstrument (Überweisung, Lastschrift, Zahlungskarte) und Kanal (E-Zahlung, M-Zahlung) noch sehr uneinheitlich. Mit insgesamt 32 Fragen will die Kommission herausfinden, welche Möglichkeiten für eine weitere Marktintegration für diese Zahlungen bestehen und welche Maßnahmen hierfür besonders geeignet erscheinen. Aus einer solchen Marktintegration könnten für Unternehmen und Verbraucher Vorteile erwachsen. Die Konsultationsfrist endet am 11.04.2012 (s. auch Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/11&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EVP-BERICHTERSTATTERIN NIEBLER FORDERT EHRGEIZIGERE KOSTENSENKUNGEN BEIM ROAMING

Angelika Niebler (EVP/CSU), EP-Berichterstatterin für die Neufassung der Roamingverordnung, forderte am 21.12.2011 eine wesentlich schnellere und



deutlichere Preissenkung für Roamingdienste, als die Kommission im Juli 2011 vorgeschlagen hatte. Mit der Neufassung der Ende Juni 2012 auslaufenden Verordnung, der EP und Rat zustimmen müssen, sollen die Kosten für länderübergreifende SMS-, Gesprächs- und Datendienste langfristig den nationalen Preisen angeglichen werden (EB 14/11). Die Senkung der Roaminggebühren steht auch im Focus der dänischen Ratspräsidentschaft.

Der vollständige Bericht ist abrufbar unter:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fNONSGML%2bCOMPARL%2bPE-478.645%2b01%2bDOC%2bPDF%2bV0%2f%2fEN>